

Die Bereitstellung einer breiten Palette von Sicherheitsdienstleistungen durch die Privatwirtschaft ist zu einem festen Bestandteil der internationalen Sicherheits-Governance geworden (vgl. S+F Heft 4/2007). Die umfassende Präsenz und das zum Teil problematische Gebaren privater Sicherheits- und Militärfirmen (PSMF) im Konflikttherd Irak ist nur die Spitze eines Eisbergs, die allerdings die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit auf das Phänomen der „Privatisierung“ von Sicherheit gelenkt hat. Wie soll die internationale Gemeinschaft mit diesem Phänomen umgehen?

Eine wohl allzu simple Möglichkeit bestünde darin, das Problem gewissermaßen weg zu definieren, wie es die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zum Söldnerwesen bis vor kurzem versucht hat, indem sie nämlich PSMF schlechterdings als neue Form des Söldnerwesens und folgerichtig als völkerrechtswidrig brandmarkte. Aber auch die idealtypische Alternative zum Verbot – ein Laissez-faire, das den Einsatz solcher Firmen sozusagen dem freien Spiel der Marktkräfte überlässt – ist, wie der Fall Irak deutlich gemacht hat, keine akzeptable Option.

Vor diesem Hintergrund wird immer nachdrücklicher die Forderung nach einem Mittelweg in Form einer konsequenten Regulierung der Branche privater Sicherheitsdienstleister erhoben. Entsprechende Initiativen zur Entwicklung eines mehrere – private, nationale und internationale – Ebenen umfassenden Regulierungssystems sind in denn letzten Jahren, wenn auch zögerlich, in Gang gekommen. Ein Beispiel dafür ist die im September 2008 im Rahmen der „Schweizer Initiative“ erfolgte Verabschiedung des so genannten Montreux-Dokuments, das Regeln und Verhaltensempfehlungen für in Konfliktgebieten tätige PMSC enthält (vgl. Abschnitt 3.5. im nachfolgenden Beitrag).

Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe von S+F ist verschiedenen Aspekten der Regulierung von PSMF gewidmet. Der einleitende Beitrag von *Hans Born* und *Anne-Marie Buzatu* definiert den Regulierungsbedarf und bietet einen Überblick über die recht komplexen Ansatzpunkte zur Regulierung von PSMF auf internationaler und nationaler Ebene sowie im Rahmen einer Selbstregulierung der Branche. Trotz Feststellung bemerkenswerter Fortschritte, kommt der Beitrag doch zum Schluss, dass bei der Regulierung von PSMF vor allem auf internationaler und nationaler Ebene noch großer Handlungsbedarf besteht.

Der referierte Beitrag von *Andreas Schüller* befasst sich mit der Frage, wie die Rechte und Pflichten der Angehörigen von privaten Militärfirmen im Rahmen des humanitären Völkerrechts geregelt sind. Dabei stellt der Autor klare Grenzen fest, vor allem bezüglich Kampfeinsätzen, die staatlichen Akteuren vorbehalten bleiben sollten, was aus völkerrechtlicher Perspektive eigentlich auch im wohl verstandenen Eigeninteresse der privaten Militärfirmen liegt. Darüber hinaus erhebt der Autor die Forderung nach einer zwingenden Ausbildung von Angehörigen solcher Firmen in den Regeln des humanitären Völkerrechts.

*Alyson J.K. Bailes* weist auf die zunehmende Verwendung von privaten Sicherheits- und Militärfirmen durch EU- und NATO-Mitgliedstaaten vor allem in Rahmen von internationalen Friedensmissionen hin und legt hierbei das Augenmerk auf die diesbezüglich recht unterschiedlichen Praktiken im euroatlantischen Raum. Angesichts des zunehmenden Standardisierungsdrucks – gerade auch im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – empfiehlt die

Autorin den europäischen Staaten ein gemeinsames oder zumindest koordiniertes Vorgehen bei der Regulierung von PSMF, wobei eine Mischform von harten und weichen Regulierungsmethoden zur Anwendung kommen sollten.

Der referierte Beitrag von *Daniel R. Kramer* thematisiert den Export von Sicherheitsdienstleistungen und sicherheitsrelevantem Wissen und legt dar, welche rechtlichen Formen der Exportkontrolle dabei zur Anwendung kommen. Nur wenige Staaten verfügen zum heutigen Tag über Gesetze, die sich explizit auf den Export von Sicherheitsdienstleistungen und sicherheitsrelevantem Wissen beziehen. Am Beispiel von Israel und Südafrika stellt der Beitrag zwei unterschiedliche rechtliche Kontrollsysteme vor, die sich vor allem im Geltungsbereich unterscheiden. Der Autor kommt zum Schluss, dass nationale Instrumente wohl eine notwendige, sicherlich aber keine hinreichende Voraussetzung für eine wirksame Verreglung der Sicherheitsbranche darstellen.

*Stephen Brooking* und *Susanne Schmeidl* zeigen auf, wie sich die Regulierungsproblematik in jenen Ländern stellt, in denen PSMF im Auftrag sowohl nationaler als auch internationaler Akteure eingesetzt werden. Am Beispiel Afghanistans – neben dem Irak heute das wichtigste „Gastland“ privater Sicherheits- und Militärdienstleister – wird der lokale PSMF-Markt und dessen Regulierung beschrieben. Dabei werden auch die Schwachpunkte der an sich gut gemeinten staatlichen Ansätze zur Regulierung der privaten Sicherheitsbranche aufgezeigt.

Der abschließende – referierte – Beitrag von *Andrea Schneiker* führt in die verschiedenen Ansätze zur Selbstregulierung von PSMF ein und weist darauf hin, wie die Selbstregulierung von den betroffenen Firmen auch als Instrument zur Marktbeeinflussung eingesetzt wird. Dabei wird speziell Bezug genommen auf den Verhaltenskodex des Branchenverbands International Peace Operations Association (IPOA), der derzeit rund 50 PSMF umfasst. Die Autorin kommt zum Schluss, dass die Diskussion über die Selbstregulierung der Branche zwar einen wichtigen Lösungsbeitrag darstellt, aber nicht diejenige über rechtsverbindliche nationale Regelungen – dem nach wie vor wichtigsten Instrument zur Regulierung von PSMF – verdrängen darf.

In der Rubrik „Dokumentation“ finden sich zwei Dokumente, die für die Regulierung der privaten Sicherheits- und Militärfirmen wichtige Eckpunkte darstellen: die Konvention der Vereinten Nationen über das Söldnerverbot sowie der Verhaltenskodex des Branchenverbands IPOA.

In der Rubrik „Beiträge aus Sicherheitspolitik und Friedensforschung“ argumentiert Heather Gilmartin in ihrem Beitrag zur Malacca-Straße für die Kooperation externer Akteure. Rolf Mützenich geht der Frage nach, wie eine Zone frei von Massenvernichtungswaffen im Mittleren Osten geschaffen werden kann.

In einer neuen Rubrik „Perspectives on War“ findet sich erstmals eine von Sven Chojnacki und Gregor Reisch verfasste Zusammen- und Gegenüberstellung aktueller Kriegsstatistiken. Es ist geplant, daraus ein wiederkehrendes Element der Zeitschrift zu machen und jedes Jahr einen solchen Aufsatz zu veröffentlichen.

Die nächste Ausgabe von S+F wird sich im Schwerpunkt mit dem Thema „NATO at 60: On the right course?“ beschäftigen.

*Heiner Hänggi*

The provision of a wide range of security services through private market mechanisms has become an important component of international security governance (cf. S+F Volume 4/2007). The heavy presence and sometimes problematic behaviour of private security and military companies (PSMCs) in trouble spots like Iraq is merely the tip of the iceberg that has nevertheless served to draw increasing attention to the phenomenon of the ‘privatisation’ of security. How should the international community deal with this phenomenon?

An all too simple possibility would consist of ‘defining’ the problem out of existence, as the United Nations Working Group on the Use of Mercenaries until recently tried to do, namely by defining PSMCs as new forms of mercenaries and thereby stigmatizing them as inherent violators of international law. However, the other ideal-type alternative on offer – a laissez-faire approach that entrusts such firms to the free-range of market forces so to speak – is, as has been clearly demonstrated in Iraq, not an acceptable option.

In this context, calls for a middle-way, in the form of robust regulation of the private security sector, have become ever more insistent. As a result initiatives aimed at developing a comprehensive, multi-level regulatory system across the private, national and international spheres, have gained momentum in recent years, albeit at a hesitant pace. One example is the adoption, in September 2008, of the ‘Montreux Document’, developed under the auspices of the Swiss Initiative, which covers the regulation and good practices for PSMCs operating in areas of armed conflict (see Section 3.5 of the introductory article).

The thematic focus of this edition of S+F is devoted to the different aspects of the regulation of PSMCs. The introductory article by *Hans Born* and *Anne-Marie Buzatu* outlines the demand for regulations and offers an overview of the rather complex entry-points to the regulation of PSMCs at the international and national levels, as well as in terms of the sector’s self-regulation. Despite noteworthy progress, the article nonetheless concludes that the regulation of PSMCs is above all an issue that requires greater need for action at the international and national levels.

The peer-reviewed article by *Andreas Schüller* considers the question of how the rights and obligations of members of private military companies are dealt with under international humanitarian law. The author defines clear limits on what rights and obligations should remain the prerogative of state actors, particularly concerning combat operations, which from an international law perspective is actually arguably also in the interests of private military firms. Furthermore the author raises the possibility of making training in the rules of international humanitarian law obligatory for the members of such firms.

*Alyson J.K. Bailes* refers to the increasing use of private security and military companies by EU and NATO member states in the context of international peace operations and thereby draws attention to the differences in legal practice within the Euro-Atlantic area in this regard. Given increasing pressure towards standardisation – especially as concerns the European Security and Defence Policy (ESDP) – the author recommends that European states take a common or at least a coordinated approach

to the regulation of PSMCs, which would allow for the use of both hard and soft regulatory measures.

The peer-reviewed article by *Daniel R. Kramer* broaches the issue of the export of security services and security related expertise and analyses which forms of legal export controls apply. Only a small number of states currently have laws which explicitly relate to the export of security services and security relevant expertise. Drawing on examples from Israel and South Africa, this article introduces two varying legal regimes, which differ principally in terms of their scope. The author concludes that national legal instruments are surely a necessary, but certainly not a sufficient condition for the effective regulation of the security sector.

*Stephen Brooking* and *Susanne Schmeidl* reveal how the problem of regulation confronts those countries where PSMCs are deployed by both national and international actors. Adopting Afghanistan as an example, which after Iraq “hosts” the largest number of private security and military service providers, the authors describe the local PMSC market and the regulations that govern it. The shortcomings of the state’s well intentioned attempts at regulation of the security services are brought to the fore.

The final – peer-reviewed – article by *Andrea Schneiker* introduces the different approaches to self-regulation of PSMCs and shows how the self-regulation of the companies concerned can also be applied as an instrument of market influence. Special reference is made to the code of conduct of the industry association, the International Peace Operations Association (IPOA), which includes approximately 50 PSMCs. The author concludes that self-regulation of the industry indeed constitutes an important part of the solution, but not one that eliminates the need for legally binding national rules, which remain the most important instrument in the regulation of PSMCs.

In the “Documents” section, you will find two documents that offer important key points for the regulation of private security and military companies: The UN Convention against the Recruitment, Use, Financing and Training of Mercenaries and the Code of Conduct of the industry association, IPOA.

In the section entitled “Articles on Security Policy and Peace Research”, *Heather Gilmartin* argues in her contribution on the Malacca Straits for the cooperation of external actors, while *Rolf Mützenich* asks how a zone free of weapons of mass destruction in the larger Middle East can be build.

In a new section “Perspectives on War” you will find for the first time a compilation and comparison of current conflict statistics by *Sven Chojnacki* and *Gregor Reisch*. This element will become a regular occurrence in the journal with a similar compilation to appear each year.

The next edition of S+F will focus on the theme, “NATO at 60: On the right course?”.

*Heiner Hänggi*